

Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise? - Grüne Vorschläge für eine Entwicklungsperspektive

1. Prognose: die Wirtschaftsentwicklung

Weltweit hat die Finanzmarktkrise zu Konjunkturerinbrüchen geführt. Nun ist mit einer **globalen ökonomischen Krise** zu rechnen. Deutschland ist als Exportnation extrem von der weltkonjunkturellen Entwicklung abhängig und hat im Export bereits Nachfrageeinbrüche erfahren. Gerade deshalb ist die **Stärkung der Binnennachfrage** von entscheidender Bedeutung, um den weltwirtschaftlichen Risiken entgegenzuwirken. Der private Konsum hat angesichts einer schwachen Einkommensentwicklung, der hohen Inflation und den hohen Öl- und Nahrungsmittelpreisen die prognostizierte Rolle des Konjunkturmotors nicht übernommen. Auch durch die gestiegenen Rohstoffpreise sind die privaten Investitionen und der private Konsum in den vergangenen Monaten zurückgegangen. Schließlich gibt es einen **Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen**, insbesondere in den Bereichen Bildung und Ausbau erneuerbarer Energien. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportunternehmen wurde durch die hohen Öl- und Rohstoffpreise und die mangelnde Anpassung der deutschen Wirtschaft auf diese Herausforderung beeinträchtigt.

Zum Krisenmanagement gehören nicht nur finanzpolitisch wirksame Maßnahmen. Bereits ohne die Finanzmarktkrise war ein Wirtschaftsabschwung absehbar. Dieser wird durch die Finanzkrise nun verstärkt. In der Folge ist mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Darum müssen wir jetzt dringend die **wirtschaftspolitische Perspektive in den Blick nehmen**. Der Konjunkturabschwung darf nicht zu einer Lähmung der wirtschaftlichen Perspektive für Deutschland führen. Ein Einbruch auf dem **Arbeitsmarkt** würde für die Betroffenen, aber auch für die Stabilität und Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme schwerwiegende Folgen haben.

Zum Krisenmanagement gehören nicht nur finanzpolitisch wirksame Schritte. Wir brauchen ein Paket an Maßnahmen, das den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft entgegensteuert. Dabei darf es nicht darum gehen, ein konjunkturelles Strohfeuer zu erzeugen. Der Fokus muss darauf liegen, **die langfristigen Wachstumskräfte zu stärken**. Wir setzen auf eine nachhaltige Orientierung, bei der die ökologische Modernisierung und Bildung im Mittelpunkt stehen. Hier liegen die Chancen für Deutschland. Um die Binnennachfrage zu stärken, sind zudem flankierende Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte sinnvoll und notwendig.

Das aktuelle Krisenmanagement reicht so nicht aus, weil es sich nur auf die bereits aufgetretenen Probleme beschränkt. Es muss immer einen Schritt weiter gedacht werden. Wenn die Krise zur Inflation führt, leiden kleine Einkommen. Wenn hochspekulative Hedgefonds liquidiert werden, kann das schnelle Abstoßen ihrer Positionen zu neuen Kursverlusten an den Börsen führen. Darum brauchen wir eine **Task-Force, die in die Zukunft denkt**, neue Entwicklungen schnell analysiert und beim frühzeitigen Gegensteuern hilft. Die Krise kann nur erfolgreich gemeistert werden, wenn die wichtigsten Akteure der Wirtschaftsforschung- und Wirtschaftspolitik mit-

einander vernetzt werden. Da eine globale ökonomische Krise droht, ist darüber hinaus auch eine **internationale, mindestens aber eine europäische Koordination der Wirtschaftspolitik** sinnvoll. Mittel für die ökonomische Entwicklung der ärmeren Länder dürfen daher nicht als Folge der Finanzmarktkrise reduziert werden, sondern müssen ausgebaut werden.

2. Sicherung der Kreditmärkte

Eine **Kreditklemme** für kleine und mittlere Unternehmen wäre fatal. Aus den Verbänden DIHK, BDI, BDA kommt aber bisher noch keine alarmierende Meldung, dass es zu einer Kreditklemme gekommen ist. Wie kommt das? Bereiten das Investitionsklima und die Kreditvorsorgung keinen Anlass zur Sorge?

Mit dem Konjunkturabschwung ist die **Kapital-Nachfrage der Unternehmen** zurückgegangen. Insbesondere Erweiterungsinvestitionen bleiben aus. Wenn diese geringere Kredit-Nachfrage zunächst leichter befriedigt werden kann, ist es falsch, dies als ausreichende und gesicherte Kreditversorgung zu deuten. Die Problemanalyse ist komplexer. Die geringere Kreditnachfrage kann auch daran liegen, dass viele Banken die Zinsen erhöht haben. Das führt dazu, dass Neuinvestitionen und Modernisierungen auf der Strecke bleiben.

Wertberichtigungen und Abschreibungen bei den Banken und anderen Kapitalgebern führen zu weniger **Eigenkapital bei Banken und Kreditgebern**. Im Ergebnis führt dies zu einer zunehmend schärferen Prüfung von Kreditanfragen und einer Verschlechterung der Konditionen der Kreditvergabe.

Ohne eine Sicherung der Kreditbasis werden insbesondere **Unternehmensgründungen** und **Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE)** erschwert. Dies betrifft vor allem Start-up-Unternehmen mit geringen Sicherheiten. Im Bereich der dringend nötigen Gründungsfinanzierung und beim Risikokapital, das vor allem technologie- und wissensintensive Branchen benötigen, sind jetzt schon Rückgänge zu verzeichnen.

Ungefähr 90 Prozent der Unternehmensgründungen sind **Solo-Gründungen**. Hierfür fehlen angepasste Förderinstrumente. Der Finanzbedarf kleiner Unternehmen ist oft nicht besonders hoch, die Hürden für Kreditvergabe jedoch umso größer.

Kreditvergabe für kleine und mittlere Unternehmen sichern

Für uns Grüne gehört die Sicherung der finanziellen Basis für kleine und mittlere Unternehmen ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Eine **günstige Kreditversorgung für KMU** muss auch **Bedingung für die Bankenhilfe** werden. Großbritannien hat diese Bedingung in seinen Hilfsprogrammen bereits verankert. Deutschland sollte diesem guten Beispiel folgen. Wir dürfen die Banken nicht aus der Verantwortung entlassen und diese Aufgabe nur der schwächelnden KfW aufbürden.

Die Mittelstandsförderung aus dem **ERP-Sondervermögen**, welches bei der KfW angesiedelt ist, darf im Konjunkturabschwung nicht in Frage gestellt werden. Das Wirtschaftsministerium muss sich dafür einsetzen, dass die ERP-Mittel in der Finanzmarktkrise und durch die internen Probleme der KfW nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn auch die KfW hat bereits ihre Konditionen für Förderprogramme verändert und die Zinssätze nicht nur bei den Eigenprogrammen erhöht. Die

Außenwirtschaftsförderung hat in diesem Zusammenhang eine doppelt wichtige Bedeutung, weil sie geeignet ist, sowohl die eigene Wirtschaft als auch die der Zielländer zu stärken.

Der Ausbau alternativer Gründungsfinanzierungsinstrumente wie Mikrokredite, sowohl bei uns als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, ist dringend notwendig, um die Lücken in der Kreditversorgung für kleine Unternehmen zu schließen. **Mikrofinanzinstitute** verbinden Finanzierung und Gründungsberatung. In anderen EU-Staaten gibt es hiermit gute Erfahrungen.

Eine Sicherung des Kreditmarktes ist auch notwendig, um **vorschnelle Insolvenzen** von eigentlich gesunden Unternehmen zu vermeiden.

3. Maßnahmen gegen den Abschwung – Investitionen in ökologische und soziale Modernisierung stärken

Green Car statt weiter so

Die erste Branche, die ihre Produktion in Deutschland aussetzt bzw. herunterfährt, ist die Automobilindustrie. Die Ursachen liegen aber nur indirekt in der Finanzmarktkrise. Die hohen Öl- bzw. Benzinpreise, die Inflation und die verstärkte Klimadiskussion haben die VerbraucherInnen verunsichert und die **Nachfrage** nach spritfressenden Autos **reduziert**. Die Automobilindustrie hat diese Trends ignoriert und nicht rechtzeitig ihre Produkte bzw. ihre Wagenflotte modernisiert.

Jetzt die alten Ansätze der Automobilindustrie zusätzlich zu subventionieren, ist der falsche Weg. Vielmehr wollen wir Grüne 100 Millionen Euro öffentliche Fördermittel pro Jahr für die Forschung und Weiterentwicklung der Hybrid- und Stromspeichertechnik und ein Marktanreizprogramm für Plug-In-Hybride und Elektrofahrzeuge bereitstellen und damit bereits bestehende Förderprogramme für Innovationen in der Verbrennungstechnik oder beim Umstieg auf alternative Antriebstechnologien ergänzen. Die Unternehmen sind gefragt, besonders in diesen Bereichen in **Forschung und Entwicklung** zu investieren, um zukunftsfähige Angebote am Markt machen zu können.

Bisher hat die Bundesregierung in der Frage der **CO₂-Grenzwerte** nicht nur gezögert, sondern unverantwortlich gebremst. Diese Unsicherheit wirkt sich jetzt fatal auf die Autoindustrie aus. Klare Ziele und ein klarer Zeitpfad wären besser gewesen. Er muss jetzt geschaffen werden. Eine aufkommensneutrale Kfz-Steuerreform, die Spritfresser und CO₂ Schleudern belastet und Sparautos entlastet, ist überfällig. Sie versinkt zurzeit im Bermudadreieck der Föderalismusreform.

Investive Ausgaben

Statt neue Subventionen mit der Gießkanne zu verteilen oder die Bürger mit einem warmen Regen von Steuersenkungen zu beträufeln, die hauptsächlich den Besserverdienenden zu Gute kommen, sollte der Staat über gezielte investive Ausgaben in Forschung und Entwicklung, Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur die Realwirtschaft unterstützen. Solche Maßnahmen wirken langfristig und schaffen Einkommen und Nachfrage. Sie packen Aufgaben an, die wir für ein erfolgreiches und in die Zukunft gerichtetes Wirtschaften dringend notwendig sind. Hierzu zählen Programme zu **Energieeffizienz** und **neuen Umwelttechnologien, Forschung zu alternativer E-**

nergieerzeugung und **Ressourceneffizienz** ebenso wie der integrierte Umweltschutz und der Ausbau der Breitbandinfrastruktur.

Der vieldiskutierte Ausbau der **Ganztagsbetreuung** schafft in vielen Bereichen Aufträge und Arbeitsplätze – von Bauleistungen über Raumeinrichtung bis zu pädagogischen Dienstleistungen. Zugleich geben wir so Eltern die notwendige Flexibilität, die sie am Arbeitsmarkt brauchen. Und: wir legen die Grundlagen für die Wissensgesellschaft von morgen, wenn wir heute für eine bestmögliche Förderung der Kinder sorgen. Deswegen müssen wir jetzt die Programme zur Ganztagsbetreuung kleiner Kinder wie zum Ausbau von Ganztagschulen beschleunigen. Zur Finanzierung und zur Entlastung der Länder schlagen wir vor, die notwendigen Finanzmittel aus den unverbrauchten Mitteln des Solidarpaktes II als **Bildungssoli** bereitzustellen.

Klimaschutz als Investitions- und Innovationsfeld

Angesichts der weltweiten Finanzkrise dürfen wir das drängende **Problem des Klimawandels** nicht aus dem Auge verlieren. Die Klimapolitik ist konsequent umzusetzen.

Ungefähr 10% des deutschen BIPs kommen durch **öffentliche Aufträge** zustande, die von Bund, Ländern und Kommunen vergeben werden. Das sind circa 300 Mrd. jährlich. Diese öffentlichen Mittel können viel zur ökologischen Modernisierung beitragen. Bei der Vergabep Praxis dürfen in Zukunft nicht mehr allein möglichst günstige Konditionen im Vordergrund stehen. Sozial- und Umweltstandards müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Die öffentliche Vergabe muss ein **wirksames Instrument der Wirtschaftsförderung** werden, mit dem gezielt kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden. Nicht die schnelle Kostenersparnis, sondern die langfristigen Auswirkungen einer öffentlichen Investition müssen zur Kalkulationsgrundlage werden.

Bündnis 90 / Die Grünen schlagen vor, durch einen **Energiesparfonds** die energetische Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte zu fördern. Gefördert werden sollen energieeffiziente Maßnahmen, wie Fassadendämmungen, der Austausch von Stromheizungen sowie die Optimierung von Heizungsanlagen.

Jenseits der Gebäudesanierung bedarf es vieler Kleininvestitionen in energiesparende Geräte. Diese würden es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich aus dem Teufelskreis steigender Energiepreise und daraus folgender geringerer Haushaltsbudgets zu befreien. Eine Antwort auf dieses Nachfrageproblem können **Klimaschecks** sein: Jeder Haushalt bekommt einen jährlichen Scheck vom Finanzamt. Damit können die Menschen dann genau diese Kleininvestitionen tätigen oder eine Energieberatung bezahlen. Dass eine solche Maßnahme auch ökonomisch sinnvoll ist, zeigen die USA: Anfang diesen Jahres flatterten von der Regierung verschickte Schecks in die Briefkästen aller US-Haushalte. Zusammen mit Investitionsanreizen für Unternehmen hatten sie einen Wert von über 150 Milliarden Dollar und verhinderten einen Konjunkturerinbruch im zweiten Quartal. In den USA war dies ökonomisch sinnvoll, hatte aber keinen ökologischen Effekt, da die US-Amerikaner das Geld frei ausgeben konnten. Deswegen sollen die Schecks nur für einen Katalog energetisch effizienter Waren oder Energie einsparender Dienstleistungen ausgegeben werden können. Durch die **eingesparten Energiekosten** entsteht ein größerer Spielraum für weitere Investitionen und den Konsum in der Zukunft.

Die Finanzierung des Energiesparfonds erfolgt durch die **Versteigerung der CO₂-Zertifikate**. Diese bewirken zudem, dass große Unternehmen zu Investitionen in effizientere, klimaschonende Technologien angehalten werden .

Wir wollen neue Innovations- und Investitionsmöglichkeiten fördern, durch die gerade kleine Unternehmen und das Handwerk neue Aufträge erhalten. Mit **Investitionsanreizen** für Eigentümer und Vermieter soll die energetische Gebäudesanierung vorangetrieben werden. Gleichzeitig wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerker-Dienstleistungen auf 25% von 4.000 € erhöhen. Mieter profitieren dabei durch sinkende Nebenkosten. Über eine flankierende Mietrechtsreform kann sicher gestellt werden, dass die Kostenersparnisse auch bei den Mietern ankommen.

4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wissensgesellschaft weiter verwirklichen

Trotz Finanzkrise und drohender Rezession dürfen wir die langfristigen Ziele nicht aus dem Auge verlieren.

Eine planlose Förderung alter Ideen und Industrien mag kurzfristig Arbeitsplätze sichern, schadet uns aber langfristig. Für die Verwirklichung neuer Ideen brauchen wir nicht nur mehr Finanzmittel, sondern vor allem kluge und kreative Köpfe. Ein großes Problem ist der **Fachkräftemangel**. Wir brauchen eine klare Strategie und schnelle Maßnahmen, um jetzt ausreichend Fachkräfte zu gewinnen und langfristig weitere Fachkräfte auszubilden.

Die **Gehaltshürde für die Zuwanderung** von ArbeitnehmerInnen wie Selbstständigen muss auf unter 40.000 € sinken. Weder der kurzfristige Bedarf an Ingenieuren, noch an IT-Kräften kann nur durch Höchstverdiener gedeckt werden.

Die **duale Ausbildung** wollen wir durch eine Modularisierung flexibler gestalten, Berufstätige durch **Weiterbildungsprogramme** bei der Entwicklung zu Fachkräften unterstützen und qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur zum Studium zulassen.

Die heute als erhöhte Semestergebühren erhobenen **Studiengebühren** haben sich als Studienbremse erwiesen und **müssen abgeschafft werden**. Gerade Interessierte aus unteren Einkommensschichten werden sonst vom Studieren abgeschreckt.

Die Sozialsysteme umbauen

Eine verbesserte Grundsicherung ist ein zentrales Ziel Grüner Sozialpolitik. Die **Grundsicherung** ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung stärken darüber hinaus die Binnennachfrage, weil im unteren Einkommensbereich ein höheres Einkommen direkt in den Konsum fließt. Eine **Erhöhung der Regelsätze** auf 420 € für einen Erwachsenen, eine Erhöhung der Kinderregelsätze und die Einführung einer Kindergrundsicherung sind deswegen auch **konjunkturpolitisch sinnvoll**. Derartige Maßnahmen stärken die automatischen Stabilisatoren und verringern Abschwungtendenzen.

Aufgabe der **Sozialversicherungssysteme** ist und bleibt es, jeden Menschen vor Lebensrisiken zu schützen und allen eine würdige Existenz zu sichern. Darüber hinaus müssen sie eine **aktivierende Funktion** übernehmen. Die beste Entlastung für

die Gesundheitskassen sind gesunde Menschen. Die beste Entlastung für die Arbeitslosenversicherungssysteme sind weniger Arbeitslose. Gerade in Zeiten, in denen ein großer Fachkräftemangel herrscht, besteht die Chance, mit gezielten Programmen und individueller Förderung Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir halten an unserem Ziel fest, die Lohnnebenkosten zu verringern, um Unternehmen aber auch die ArbeitnehmerInnen nicht über die Maßen zu belasten. Dazu braucht es dringend nötige Strukturreformen die die Bundesregierung versäumt hat. Sie hatte drei Jahre Zeit, die gute wirtschaftliche Entwicklung seit 2005 zu nutzen, um mit weiteren Reformen der sozialen Sicherungssysteme die Lohnnebenkosten auf Dauer zu senken. Durch mehr Effizienz, insbesondere im Gesundheitswesen, und durch eine **Verbreiterung der Finanzierung** wollen wir die Beiträge zu den Sozialversicherungen deutlich senken.

Fatal wirkt sich im Abschwung aus, dass die Bundesregierung versäumt hat die Lohnnebenkosten für Geringverdiener gezielt zu senken. Dies wäre für die Arbeitgeber ein klarer Anreiz zur Erhaltung und Schaffung einfacher Jobs gewesen. Mit dem **Progressivmodell** haben wir einen solchen Reformvorschlag vorgelegt, der gleichzeitig den Geringverdienern mehr in der Tasche lässt..

Nachhaltige Haushaltspolitik

Die aktuelle Haushaltsplanung der Bundesregierung ist das Papier nicht mehr wert, auf dem sie steht. Wir haben bereits im September bei der ersten Lesung des Haushaltsplans auf die Milliardenrisiken aus der Finanzmarktkrise hingewiesen. Während die Lehman-Brothers-Pleite die Börsen weltweit abstürzen ließ und Banken sowie Versicherungen der Insolvenz entgegentrudelten, sah die Bundesregierung keine Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den Bundeshaushalt. Sie hat noch vor kurzem mit einem Wachstum von 1,2 Prozent für 2009 kalkuliert. Mittlerweile ist klar, dass es ein Wachstum in dieser Höhe, wenn überhaupt, nicht geben wird. **Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, einen neuen Haushalt vorzulegen**, der die aktuelle Entwicklung widerspiegelt. Die Politik darf sich nicht von Beschwichtigung zu Beschwichtigung retten, sondern muss jetzt offen sagen, welche Belastungen für die öffentlichen Haushalte und damit langfristig für die Bürgerinnen und Bürger entstehen. Das schafft Vertrauen in die Krisenbewältigung.

Das Ziel eines nachhaltigen und damit generationengerechten Haushalts muss aber weiter verfolgt werden. Es wäre fatal, angesichts der Krise die mittel- und langfristige Haushaltskonsolidierung aus dem Auge zu verlieren, denn **nur die Haushaltskonsolidierung ermöglicht Spielraum für politisches Handeln in der Zukunft**. Deswegen muss gewährleistet sein, dass im nächsten Wirtschaftsaufschwung für kommende Krisen vorgesorgt wird. Um das für die Zukunft sicher zu stellen und Vertrauen in die Verwendung der Steuergelder zu schaffen, muss gerade jetzt eine dynamische **Schuldenbremse** für Bund und Länder auf den Weg gebracht werden, die es im Abschwung ermöglicht, investive Ausgaben zu tätigen, die dann im Aufschwung wieder konsequent gegenfinanziert werden.

Es ist richtig, in der Krise den Zusammenbruch des Finanzsystems in Deutschland zu verhindern. Über 500 Mrd. € darf es aber keinen Blankoscheck geben. Wer Hilfe annimmt, muss dem Staat auch Beteiligungen einräumen, damit der Bund auch ein Anteil an künftigen Gewinnen erhält. Die Managergehälter müssen wirksam gedeckelt

werden. Bei der Verwendung der Mittel aus dem Hilfsfonds muss der Haushaltsausschuss des Bundestages mitentscheiden

5. Für ein multinationales Investitionsabkommen

International Investitionen sichern

Vor der Finanzkrise betrug die Investitionen, die aus Deutschland im Ausland getätigt wurden, bereits das Doppelte der ausländischen Investitionen in Deutschland. **Deutschland muss für Investoren attraktiv bleiben**, um seine Kapitalbedarfe decken zu können. Zudem werden die Bedingungen, die Deutschland für ausländische Investoren definiert, auch für deutsche Firmen im Ausland zum Maßstab gemacht.

Angesichts der Banken- und Wirtschaftskrise werden wir mehr Direktinvestitionen benötigen. Beispielsweise investiert der Staatsfonds von Abu Dhabi in deutsche Firmen aus dem Bereich erneuerbare Energien. Wir brauchen **internationale Transparenzregeln**, die die Ziele erkennbar und das Handeln von solchen Fonds kontrollierbar machen.

Stattdessen hat Wirtschaftsminister Glos über das Thema Staatsfonds eine Kapitalabwehrdebatte inszeniert, die ausländische Investoren nachhaltig verunsichert hat. Jetzt sucht die Bundesregierung selbst über die Finanzagentur nach ausländischen Investoren, um Staatsanleihen zur Gegenfinanzierung ihres Rettungspaketes zu verkaufen.

Nur klare Regeln schaffen Vertrauen

Einerseits muss ausländischen Investoren deutlich gemacht werden, dass sie in Deutschland willkommen sind. Andererseits müssen wir **die Macht von Investoren gleichermaßen begrenzen**, ob sie nun deutsch sind, aus den EU-Nachbarstaaten kommen oder von außerhalb der EU. Verlässliche Regelungen schaffen Vertrauen in den Investitionsstandort und wirken nachhaltig. Sie sind umso wichtiger, damit im Wirtschaftsabschwung nicht ganze Wirtschaftszweige Konzentrationsprozesse durchleben und kleine Wettbewerber massiv aufgekauft werden können.

Die Grünen Vorschläge zur Regelung der internationalen Rahmenbedingungen für Investitionen haben vor dem Hintergrund der Finanzkrise ihre Aktualität noch gesteigert. Es ist kein Zufall, dass Fonds, die mit ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien arbeiten, von der Finanzkrise nicht so stark betroffen sind. Wir müssen die Basis der Weltwirtschaft auf der Grundlage verantwortlicher und nachhaltiger Investitionen nachhaltig stärken:

Die Bundesregierung muss sich jetzt für ein **multinationales Investitionsabkommen** auf globaler Ebene einsetzen, das Rechte und Pflichten von Investoren klar definiert und die Kapitalverkehrsfreiheit mit der Achtung von Menschenrechten sowie ökologischen und sozialen Standards zusammen bringt.